



Jens Peick
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Konferenz der SPD-Fraktion für die Interessenvertretungen der Beschäftigten

Jens Peick, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77630
Email: jens.peick@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Jens Peick, MdB
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
Telefon: +49 231 958046 - 45
Email: jens.peick.wk@bundestag.de

Zum 24. Mal hat die SPD-Bundestagsfraktion Betriebsrät*innen, Schwerbehindertenvertretungen und Personalrät*innen aus ganz Deutschland in den Bundestag eingeladen. Die Konferenz stand unter dem Motto „Sozialer Zusammenhalt in Betrieb und Gesellschaft.“

Die aktuellen Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundenen Preissteigerungen standen dabei ebenso im Zentrum wie die zentralen Vorhaben der SPD-Bundestagsfraktion. Arbeitsgruppen diskutierten zu Weiterbildung, betrieblicher Mitbestimmung und Schwerbehindertenrecht. Insgesamt waren 200 Vertreter*innen aus ganz Deutschland nach Berlin angereist. Fast ebenso viele nahmen online teil.

Auf Einladung des SPD Bundestagsabgeordneten Jens Peick nahmen die Betriebs- und Personalräte von H&M Dortmund und des Klinikums Dortmund teil.

Saskia Schmakies, Betriebsrätin bei H&M Dortmund zieht ein positives Fazit: „Die Konferenz war eine gute Gelegenheit sich mit der SPD-Fraktion über die großen Herausforderungen auszutauschen, vor denen wir in den Betrieben stehen. Besonders wichtig war mir in der Fragenrunde mit dem Bundesarbeitsminister Hubertus Heil klar zu machen, wie notwendig die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen im Einzelhandel ist. Und es freut mich sehr, dass Minister Heil meine Einladung angenommen hat, sich in einem Gespräch mit Kolleg*innen ein Bild von der Situation zu machen“

Die Arbeitsgruppe zum Thema ‚Weiterbildung‘ hat der Dortmunder Bundestagsabgeordnete Jens Peick moderiert:



„Weiterbildungsangebote sind in häufig noch zu bürokratisch, obwohl wir gerade jetzt gute Angebote brauchen, bei denen am Ende etwas für die Menschen rauskommt – entweder mehr Arbeitsplatzsicherheit oder noch besser mehr Lohn und beruflicher Aufstieg. Besonders gefreut hat mich, dass wir mit Frau Bettermann die Expertise der Agentur für Arbeit in Dortmund für die Diskussion gewinnen konnten.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich richtete ebenso das Wort an alle Teilnehmer*innen, wie der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange für Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, und die neue DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi.

Großen Beifall gab es für die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro zum 1. Oktober.

Die Konferenz ist ein zentraler Bestandteil in der Zusammenarbeit zwischen den Interessensvertretungen innerhalb der Betriebe und den politischen Entscheidungsträger*innen auf Bundesebene. Gesetzesvorhaben und -anpassungen erfordern den engen Austausch über die Bedürfnisse an den Arbeitsplätzen. Die Konferenz ist daher nicht nur als Dank an Interessensvertretungen zu verstehen, die sich tagtäglich für die Belange ihrer Kolleg*innen einsetzen, sondern dient auch als Frühwarnsystem für aktuelle Probleme und Herausforderungen.